

## Aus der preussischen Landesversammlung.

In der gestrigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde die preussische Verfassung in namentlicher Schlussabstimmung mit 260 gegen 60 Stimmen bei 7 Stimmentenhaltungen angenommen. Dagegen haben die Deutsch-nationalen und die Unabhängigen gestimmt.

Die preussische Landesversammlung begann gestern die Beratung des sozialdemokratischen Antrages, auf Erlaß eines Reichsgesetzes hinzuwirken, durch das ohne Entschädigung das Vermögen der Hohenzollern der Republik Preußen überlassen werde. Die Gewährung einer angemessenen Unterhaltsrente an Mitglieder des Hauses Hohenzollern soll durch das preussische Gesetz bestimmt werden. Der Deutsch-nationale Kaufmann wandte sich wiederholt, durch große Unruhe der Sozialdemokraten unterbrochen, gegen die Beratung des Antrages. Als Kaufmann sagte: Es war für uns ein geradezu köstliches Glück, zu sehen, wie der Herr Finanzminister Ademann, ich nenne ihn, denn die jungen Herren, die an seiner Stelle austraten und sprachen, waren nur seine Bevollmächtigten, hier austrat, erdienten von den Banketten der sozialdemokratischen Parteien Pfründe und immer lebhafter wurden die Tische: Herunter! Ein Mitglied der äußersten Linken warf nach dem Redner mit zusammengehaltener Hand ein Papier, ein anderes ließ schrille Pfiffe ertönen. Abgeordnet Frembel, dem es nicht gelang, sich verständlich zu machen, verließ schließlich den Saal. Die Verhandlungen waren also abgebrochen. Nach ungefähr 10 Minuten erschien Abgeordnet Frembel wieder und verlas aus dem unkorrigierten Stenogramm den Wortlaut der Ausdrücke, die einen Sturm auf der Linken ertrotzt hatten. Darin liegt weder eine Beleidigung der Herren der Linken, noch des Finanzministers Ademann. Das Verlesen des Papierballens vertrieb die Wut des Hauses. Der Antrag wurde schließlich gegen die Stimmen der Mehrheitsfraktionen und der beiden unabhängigen Parteien abgelehnt. Ein Gesamtantrag Hellmann, die Staatsregierung aufzufordern, ihre Vorlage vom 28. Januar 1920 zurückzunehmen und in neue Verhandlungen mit Vertretern des Hauses Hohenzollern einzutreten, wurde dem Rechtsausschusse überwiesen.

In der gestrigen Sitzung der preussischen Landesversammlung wurde das Gesetz über den Austritt aus der Kirche in namentlicher Abstimmung mit 196 gegen 187 Stimmen bei einer Stimmenthaltung endgültig angenommen.

## Zur Abstimmung der Oberschlesier

betont die „Deutsche Allgemeine“, daß, wenn von dem im Vertrag vorgesehenen Verfahren, gegen das die Polen ebenso wie ein Teil der französischen Kreise Sturm ließen, abgewichen werde, die Entente sich keiner Zurechnung darüber hinsetzen wird, daß weder das deutsche Volk, noch die deutsche Regierung eine Abweichung von dem vertraglich anerkannten Rechte jemals anerkennen können und werden. Die „Allg. Ztg.“ sagt, daß in dem Vertrage keinerlei Unterschiede zwischen anfälligen und ausgewanderten Oberschlesiern gemacht seien. Eine zweimalige Abstimmung würde die Schwierigkeiten nur erhöhen. Auf alle Fälle, die dem Vertrage und der internationalen Moral widersprechen, müsse verdrängt werden. Was Oberschlesien müsse an einer einheitlichen, ablehnenden und gemeinsamen Abstimmung ohne jede Differenzierung zwischen Anfälligen und Ausgewanderten seinen Willen bekunden können.

## Bombenattentate.

Auf das Gebäude des Minister Stadtblattes wurde gestern abend ein Bombenanschlag verübt. Es wurde großer Sachschaden anrichtet. Offenbar handelt es sich um einen Bombenattentat. — Vorgestern abend explodierte auf dem Bahnhofsgebäude Oberaltplatz eine Bombe, die erheblichen Sachschaden anrichtete. Man nimmt an, daß ein Nachschlag gegen den Bahnhofsvoortreiber vorliegt.

## Trohender Streik in der Berg- und Hüttenindustrie.

Der Arbeitgebersverband der ober-schlesischen Berg- und Hüttenindustrie leitete grundlegend die von der Arbeitgeberschaft der ober-schlesischen Metallarbeiterorganisation vorgeschlagene Forderung einer Wirtschaftsbeihilfe von 1000 Mk. ab. Bei Ablehnung der Forderung hatte der geschäftsführende Ausschuss der Betriebsräte Ober-schlesiens den Streik für Mittwoch in Aussicht gestellt. Nach der „Morgenpost“ gab die Arbeitgeberschaft der ober-schlesischen Metallarbeiterorganisation unter dem Druck der radikalen Elemente die Forderung an den Arbeitgeberverband weiter.

## Ein Abkommen

### Aber die Befetzung der Rheinprovinz.

In einem Artikel über die Kosten der Befehlsgarneen schreibt die „Frankf. Sta.“ u. a., daß zwischen den Regierungen der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs hinsichtlich der Befüllung der Rheinprovinz ein Abkommen abgeschlossen wurde, wonach die alliierten Regierungen nicht darauf bestanden, daß die Zeit der Befüllung bis zur völligen Erfüllung der Entschädigungsleistungen dauern solle und sie sich bereit erklärten, wenn Deutschland zu einem früheren Zeitpunkt Beweise seines guten Willens gebe, die Rheinprovinz schon vor 15 Jahren zu räumen. Ferner haben die Alliierten in dem Abkommen überein, daß der jährliche Betrag der von Deutschland zur Deckung der Befehlsgarneen zu entrichtenden Summe 240 Millionen Goldgulden nicht übersteigen solle.

## Ein neukommunistischer Reichstagsabgeordneter verhaftet.

Wie die Münchener Blätter melden, wurde gestern früh der neukommunistische Reichstagsabgeordnete Hermann Heine, der Montag abend in der ersten öffentlichen Versammlung der Neukommunisten in München im Rindfleischplatz, wegen Aufreizung zum Klassenkampf verhaftet. Heine kündigte in seinem Vortrag an, daß die Befüllung des Rheinlandes von Süddeutschland ausgehen werde. Die reaktionären Truppen Norddeutschlands seien nicht zu fürchten, da die norddeutschen Kräfte schon dafür sorgen würden, daß sie nicht kämen. Die nötigen Waffen würden die liefern müssen, die heute bewaffnet seien.

## Die Erhebung des Reichsnotegelds.

Der 11. Ausschuss des Reichstages zur Vorbereitung von Steuerfragen sprach den Vorschlag über die beschleunigte Erhebung des Reichsnotegelds und die Kriegsabgaben vom Vermögenszuwachs. Reichsfinanzminister Dr. Wirth führte aus, namentlich die Reichsbank habe um Maßnahmen gebeten, die der Papierkredit einhalten täten. Dazu schien geeignet entweder die Annahme einer Zwangsanleihe oder die schnellere Erhebung des Notegelds und des Vermögenszuwachses. Die Regierung habe den letzteren Weg gewählt.

## Die russisch-polnischen Verhandlungen.

Die Reuters erzählt, belagen die letzten Telegramme aus Warschau, daß die Verhandlungen zwischen Polen und der russischen Regierung keineswegs einen guten Fortgang nehmen. Die Sowjetregierung hat eine neue Note an die polnische Regierung gerichtet, in der sie Polen einen Bruch des Waffenstillstandes vorwirft. Dies wird als ein Verschleppungsmanöver angesehen.

## Die Frage der bayerischen Einwohnerwehren.

In den letzten Tagen ist die Frage der bayerischen Einwohnerwehren Gegenstand einer Besprechung gewesen, die der Ministerpräsident v. Rahr und der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons mit dem Vorsitzenden der Interalliierten Kommission in Berlin, dem General Rollet hatten. Die ausgegebenen Communiqués sind nicht gelungen, das Publikum wirklich aufzuklären; irgend eine sachliche Entscheidung scheint auch nicht gefaßt zu sein. Von Berlin aus wird mitgeteilt, daß die Beratungen rein informativ gewesen seien und General Rollet keinerlei Zusagen gemacht habe; auch diese Meldung wird wieder bestritten und die „Bayrische Staatszeitung“, das Organ der bayerischen Regierung, stellt fest, daß die Frage der Aufhebung der bayerischen Einwohnerwehren nicht an der sei. Aus diesen etwas irreführenden Worten kann man nun entweder entnehmen, daß gegen die Berliner Meldungen, General Rollet doch irgend welche Zusagen gemacht hat, oder doch eine Keuschheit der bayerischen Regierung als solcher vorliegt. Diese würde dann belegen, daß sie an ihrer Weigerung, die Einwohnerwehren nach dem in Spa angenommenen Entwurfungsabkommen zu behandeln, weiter verharret, trotz der Ergebenheitsakte der Berliner Verhandlungen. Man kann Bayern die Schwierigkeiten, auf die v. Rahr immer wieder hinweist, ohne weiteres ausgeben, keine bayerische Regierung, am allerwenigsten die v. Rahr's, welche von der Sicherbewegung getragen und geküßt wird, könnte ohne Reichshilfe von heute auf morgen die Einwohnerwehren entlassen; würde sie aber Reichshilfe in Anspruch nehmen, so machte sie sich wieder in Bayern unpopulär. Hier steht man tatsächlich vor einer Krauer. Andererseits ist die Entwaffung im ganzen Reich, und daher auch in Bayern, ein Teil des Spaer Abkommens, dessen Nichterfüllung den französischen Einmarsch ins Ruhrgebiet nach sich zieht; setzt sich die Entente also nicht geneigt, für Bayern Konzessionen zu machen (der französische Gesandte in München wird ja über die bayerischen Verhältnisse berichtet haben) oder bringt man in Bayern nicht aus sich heraus und um dem Reich zu helfen, das nötige Opfer, das eine bayerische Regierung im Verordnungswege nicht erwägen kann, so eröffnen sich triste Ausblicke, sowohl für das Ruhrgebiet als auch für die Reichseinheit.

Die von der „Bayr. Staatsztg.“ gemachte Mitteilung, daß die Reichsregierung die Note des General Rollet über die Einwohnerwehr vom 12. Oktober demnächst mit einer Note beantworten werde, wird der „Deutschen Allgemeine“ von unbekannter Seite bestritten. Die Reichsregierung werde in ihrer Antwortnote insbesondere auf die bayerischen Verhältnisse eingehen und die Bedenken, die von der bayerischen Regierung gegen eine im letzten Zeitpunkt vorzunehmende Entwaffung der Einwohnerwehren vorgebracht wurden, zur Geltung bringen.

## Lanesgeschichte.

### Deutsches Reich.

Der dritte Untersuchungsausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses ist gestern die Beratung seines Arbeitsplanes und bezüglich folgende Fragen zu verhandeln: 1. Entstehung und Zusammenbruch der Offensive 1918; 2. Sind Mißstände in den Kommandierungen während des Jahres 1918 auf die Mißstände im Heere zurückzuführen? 3. Wirtschaftliche, soziale und sittliche Mißstände in der Heimat und ihre Auswirkungen auf Heer und Marine.

Glattkeis in Berlin. In der vorletzten Nacht ging über Großberlin und Umgebung ein feiner Spinnregen nieder, durch den sich schnell eine leichte Kälte bildete. Infolge der Kälte trugen zahlreiche Personen schwere Ärm- und Beinbrüche davon. Fußwege und Straßenbahnen kamen mit Mühe zum Fahren. Erst gegen Mittag konnten die Hauptverkehrsstraßen überwunden werden.

Aufgedeckte Geheimorganisationen. Wie das Berliner Polizeipräsidium mitteilt, hat es Beweise dafür erhalten, daß eine frühere Zeitweiligenorganisation trotz ihrer formalen Auflösung im Geheimen noch fortlebe. Als Hauptschuldiger kommt der Hauptmann a. D. Hubert Hoffmann in Betracht, der die einzelnen Kompanien des ehemaligen Zeitweiligenregiments 6 unter verschiedenen Decknamen in ein sogenanntes Notwehrregiment etwa in Form von militärischen Übungen ist nicht feststellt, ebensowenig, daß es irgendwelche Waffen besitzt. Hoffmann hat sich der ihm drohenden polizeilichen Festnahme durch die Flucht entzogen. Die eintägigen Befehlsgarneen der Kompanien des am 8. 9. 1920 gegründeten Berliner Deutscherbandes in die Hände, das faktisch gemäß korporativen Mitglied der Organisation „Eberle“ ist. Zu den Unternehmern der Kompanien gehören Hauptmann Hoffmann — Eine Reihe ehemaliger Offiziere obwohl des Notwehrregiments als auch des Berliner Heimatverbandes werden sich demnächst vor dem zuständigen außerordentlichen Gericht zum Reichswehrvertragsverstoß mande 1 zu verantworten haben. Nach Ablauf der v. r. läufigen polizeilichen Ermittlungen ist die Staatsanwaltschaft mit der weiteren Verfolgung der Angelegenheit beauftragt worden.

Die Erkrankung der vormaligen Kaiserin. Aus Haus Dorn wird mitgeteilt: Die Kaiserin verbrachte eine unruhige Nacht. Das Befinden ist nach wie vor sehr ernst. Gestern vormittag ist Oberhofprediger Dr. v. Dreyer aus Berlin eingetroffen. Die Ankunft des vormaligen Kronprinzen aus Sibirien wird erwartet.

Unterbringung schwarzer Truppen in den Winterquartieren. Die in den alliierten Garnisonen untergebrachten schwarzen Truppen sind vor einigen Tagen sämtlich nach den sibirischen Winterquartieren gebracht worden, wo sie bis zum nächsten Frühjahr verbleiben werden.

Einheitliche Regelung der Beamtenbesoldung. Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung zugegangen. Danach sollen die Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften, von Ausnahmen abgesehen, die Dienstbezüge ihrer Beamten und Lehrer nicht günstiger regeln dürfen, als sie für gleich zu bewertende Reichsbeamte geregelt sind. Das Gesetz soll in der Hauptsache die Beamtenbesoldung betreffen, die höher und die übrigen Gemeinden vor unrichtigster finanzieller Belastung schützen und ein weiteres wirtschaftliches Uebelwerden in der Beamtenbesoldung verhindern.

Die kinderspezifischen der Duales. Die von den amerikanischen Quälern gemeinsam mit dem deutschen Zentralschulsausschuss für die Auslandshilfe im unbesetzten Deutschland eingeführte Kindererziehung ist laut „L. B.“ am Montag fest auch im besetzten Gebiete eingeführt worden. In den von Franzosen, Amerikanern und Belgiern besetzten Gebieten untersteht die Erziehung der Kinder amerikanischen, im englischen Besatzungsgebiete der englischen Quälern. Vor den Schulferien betrug die Zahl der Spezifikationen in ganz Deutschland tatsächlich 680 000. Sie ist vom 8. v. Wts. ab auf 694 000 erhöht worden. In dieser Höhe sollen die Quälern, die Spezifikationen über den jetzt in Aussicht stehenden Endtermin im Februar bis zum 1. Juni fortzuführen.

Preisabbau durch Selbsthilfe. Von einer Anzahl Arbeiter wurde in Köln eine Nahrungsmitteleinzelhandelsabgabengesellschaft gegründet, die den Zweck haben soll, die

Arbeitskraft gunglos mit billigen Fleischwaren zu versorgen. Ein Finanzmann hat ein Kapital zur Verfügung gestellt, das der Gesellschaft ermöglicht, die Fleischwaren in großen Mengen einzukaufen, um sie zu Höchstpreisen zu verarbeiten und zu sehr billigen Preisen (5 bis 8 Mark je Pfund billiger als in den Kölner Geschäften) direkt an die Verbraucher zu verabreichen. Es wird nun an geschlossene Arbeitergruppen geliefert, die die Fleischwaren unter sich verteilen. Die Abteilung ist einer Kölner Schlächtereier angegliedert. Bis jetzt wird die Arbeiterschaft von 40 Kölner Betrieben und die Arbeiterschaft erregt, an dem mit Wurstwaren beliefert. Die Abgabe der Waren erfolgt nicht unter Ausschaltung des gesamten Zwischenhandels, auf dem unmittelbaren Wege vom Erzeuger zum Verbraucher.

### Republik Oesterreich.

Die Ernährungsfrage. Der Bundesminister für Volksernährung erklärte vorgestern vor Vertretern der Wiener Presse, daß durch die von der Schweiz und Deutschland gewährten Zuschüsse an Getreide von 800 und 600 Waggons eine Besserung des Brotes ermöglicht und eine Abkürzung des Brot- und Mehlquanten vermieden werden könne. Die Gesamteinahmen aus dem Inlandsbedarf an Brot und Mehl betragen nur 8 Milliarden, so daß der Staat über 18 Milliarden Kronen ausgeben müsse. Bei der Fleischabgabe verliere der Staat rund 115 Kronen für das Kilogramm. Oesterreich werde sich niemals ganz selbstständig ernähren können und immer auf Kredit angewiesen sein.

### Serbien.

Die Wahlen. Nach Meldungen aus Belgrad sind die Wahlen in Serbien in Ordnung verlaufen. Bis auf drei Wahlkreise liegen die endgültigen Ergebnisse vor. Gemäß erscheinen 28 Radikale, 20 Demokraten, 12 Agrarier, 12 Kommunisten und ein Mitglied der Partei Albaner.

### Schweden.

Eine internationale Abkündigungsvereinigung. In Genf ist eine internationale Abkündigungsvereinigung gegründet worden, die dem Zweck, in Genf eine internationale Abkündigungsvereinigung zu errichten, die alle Länder umfassen soll.

### Italien.

Rom militärisch besetzt. Wegen des anhaltenden Streiks der Elektrikalarbeiter, der wegen der Rom schon zwei Nächte lang im Dunkel liegt, hat die Regierung vorläufig Nacht die Elektrikalarbeiter militärisch besetzt.

### Frankreich.

Die Untersuchungen gegen die Kommunisten, die der Verschwörung gegen die innere Sicherheit des Staates angeklagt werden, wurde nach sechsmonatiger Dauer abgeschlossen. Der Untersuchungsrichter beschloß, zehn Angeklagte, darunter die beiden Mitglieder des Büros der 2. Internationalen Bonatie Poriot und Albertin dem Schwurgericht zu überweisen. Zwölf weitere Angeklagte wurden auf freien Fuß gesetzt.

### England.

Die Arbeitslosigkeit in England. Die „New York Times“ aus London meldet, erkläre der Sekretär des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes Appleton in seiner Vierteljahrsrede, die industrielle Lage könne nicht anders als mit erster Begründung angesehen werden. Die Berichte über die augenblickliche und kommende Arbeitslosigkeit seien besorgniserregend. Tausende von Arbeitern sehen dem bevorstehenden Winter mit Angst entgegen.

Eine neue Kampfanlage der Arbeiter. Der Arbeiterführer Thomas kündigte auf der internationalen Transportarbeiterkonferenz den Kampf der britischen Arbeiter um Beteiligung an der Verwaltung der Bahnen an.

Der Kriegsausbruch über Liverpool verhängt. Die über Paris gemeldet wird, ist über Liverpool der Kriegsausbruch verhängt worden.

### Schina.

Verkehrsdienst Peking-Schanghai. Die „Times“ meldet aus Peking die bevorstehende Eröffnung eines Luftverkehrsdienstes zwischen Peking und Schanghai.

### Amerika.

Die Kriegsausgaben. Nach einer Meldung aus Washington berechnet der Staatssekretär des Krieges Baker die Kriegsausgaben Amerikas auf 15 784 Millionen Dollars.

Der genen Herrn Richard  
Friedrich in Gröden geborene  
Verdacht bekräftigt sich nicht.

**1 Pelztragen**  
beloren am Bahnhof. Gegen  
Belohnung abzugeben bei  
Gedrüder Fechner.

**1 Hund entlaufen.**  
Abzugeben gegen Belohnung  
Gröben, Schulstraße 10, v. r.

**1/2jähr. Mähdin**  
mit weihem Hied am Halle,  
auf d. Namen „Dine“ hörend,  
28. 11. entlaufen. Geg. Bel.  
abzugeben Feich Nr. 19.

**30000 Markt**  
auf Grundstück zu leihen  
gekauft. Off. unt. C T 6169  
an das Tageblatt Niefa.

**Hausmädchen**  
für Landgasthof in nächster  
Nähe von Niefa sofort oder  
1. Januar gesucht.  
Offerten unter C S 6169  
an das Tageblatt Niefa.

**Zinshaus**  
in Niefa gelegen, in welches  
Räuber in Kürze einzuziehen  
sönnte, von Urvivat zu  
kaufen gesucht. Größere An-  
zahlung evtl. volle Auszahlung  
des Kaufpreises.  
Angebote mit Preis unter  
C P 6169 an das Tabl. Niefa.

**Ferkel vorkauf**  
Wildner,  
Niefa.

**Bachlamen Holzbund**  
verkauft Pauls Nr. 19.

**Junge deutsche  
Schäferhunde**  
auch andere kleine Hunde  
laut Wäcker, Brauns,  
3 Hunde, 8 Wochen alt,  
sind zu verkaufen.  
Niefa Nr. 27.

**1 Paar vernickelte Perren-  
schleifhübe**, Größe 80, zu  
verkaufen Niefa, Nr. 19, p. r.

**Schöne 11 Monate alte  
Wochhundin**  
zu verkaufen.  
Ferber, Glanbth. Ntkt.

**1 Landauer**  
guterhalten, Patent, verkauft  
Niefa, Oberlommachth.  
Telefon 349.

**Große Wuppentube**  
mit sämtlichen Wägeln,  
Wuppenthorwagen,  
zu verkaufen  
Höderan, Hohlfler Str. 11, i. r.

**1 Paar neue vernickelte  
Schlittschuhe**, Größe  
26, eine Weihnachtspyramide  
zu verkaufen. Eisenreich,  
Bahnhofstraße 4.

**Das Brautband zu verkaufen:  
Große Wuppentube in u. Verb.  
Wuppentub, Wuppentimm-  
bett u. verschied. Spielwaren,  
Kinderklappervorwagen,  
Vincentisch,  
fast neues Küchengerät mit  
Nüchies, bl. Tarnjackelt,  
gr. Sandkühle.**

**Zu erlt. im Ländchen Niefa.**  
Bell-Schaukelstern,  
größere Wuppe u. Kleidung,  
Laterna magica  
verkauft Goethestr. 40, I.  
Gehr. Kinderwagen bill. A. u. T.  
Zu erlt. im Tagebl. Niefa.

**Einen geb. hellen Wago-  
wagen** verkauft  
Gröben, Offstr. 14, p. r.

**Achtung!**  
**Alte Streich-Instrumente**  
(Violinen, Viola, Cello, Baß,  
Mandolin, Gitarren), auch  
zerbrochene, laute zu höchsten  
Preisen. Off. unter C U 6169  
an das Tabl. Niefa erdieren.

**2 gebrauchte gutverhaltens-  
Nähmaschinen**  
und eine Nähmaschine für  
Schneemaschine zu verkaufen.  
Frenz & Emil Müller  
Wäfchinenhandlung  
Wergdorf, Fernspr. Niefa 508  
Niefa, R. u. W. l. P. r. 781.